

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 23.04.2020

Fragen	
Warmwasser, Papierhandtücher, Seife und Desinfektionsmittel an Schulen	Dr. Hans Peter Meister
Beschränkter Betrieb in Kinderbetreuungseinrichtungen	Manfred Eber
Stadt Graz: Erholungsaktionen für Kinder- und Jugendliche absichern!	Kurt Luttenberger
Einigung zur einfachen Schloßbergliftnutzung für Blinde und Sehbehinderte - eventuell per Sondernetzkarte mit Code.	Elke Heinrichs
Projektförderungen im Rahmen der „Stadtteilarbeit neu“	Horst Alic
Energiekostenzuschuss	Mag. ^a Uli Taberhofer
Anfragen	
Aushubmaterial Augartenbucht und Zentraler Speicherkanal	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Menschenrechtsstadt Graz als „Sicherer Hafen“	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Taktile Leitlinien mit zusätzlicher farblicher Markierung für Sehbehinderte	Elke Heinrichs
Anzahl der Hundewiesen an Anzahl der Wohneinheiten koppeln	Kurt Luttenberger
Kinderkrippen in Graz	Kurt Luttenberger
Surf- und Kajakwelle in der Mur	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Anträge	
Auflösung MUM2030+ GmbH	Manfred Eber
Öffi-Tariferhöhung aussetzen	Manfred Eber
Rückerstattung der Kosten für das Topticket im Sommersemester 2020	Mag. ^a Sahar Mohsenzada
Wanderweg über Hubertushöhe in Richtung Plabutsch markieren und beschildern!	Christian Sikora
Grazer Aktion für regionale Unternehmer und Produzenten mit Lieferservice – angelehnt an #Regionalkaufen	Christian Sikora

Trinkbrunnen am Plabutsch nahe des Fürstenstandes	Christian Sikora
Mehr präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit	Mag. ^a Uli Taberhofer
Meldepflicht für leerstehende Wohnungen	Sigrid Zitek



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister

Dienstag, 21. April 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 23. April 2020

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Warmwasser, Papierhandtücher, Seife und Desinfektionsmittel an Schulen**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

man darf nicht müde werden zu betonen: Das Händewaschen zählt zu den wichtigsten Vorbeugemaßnahmen gegen viele Infektionen, etwa auch gegen Influenza- oder Corona-Viren.

Bereits 2018 stellte mein Vorgänger im Gemeinderat, Herr Mag. Fabisch, den Antrag, in allen Grazer Schulen Warmwasser zu installieren. Dieser Antrag wurde jedoch aus Kostengründen abgelehnt. Diese Absage sollte angesichts der aktuellen Corona-Pandemie neu bewertet werden. Gerade an Schulen verbreiten sich Erreger rasant. Das zeigt sich zum Beispiel dadurch, dass die Grippewelle Jahr für Jahr dann abebbt, wenn die Energieferien beginnen – eben, weil die Neuinfektionen an Schulen ausbleiben.

Um Kinder zum Händewaschen zu motivieren, bedarf es neben der bereits stattfindenden Sensibilisierung durch Lehrpersonal und das Team der Schulzahnambulatorien auch Warmwasser.

Außerdem gab es zuletzt leider nicht in allen Klassenzimmern Seife und Papierhandtücher, da die GBG diese Materialien nur für die WC-Anlagen zur Verfügung stellt.

Manche Schulen waren kreativ und haben Abhilfe mit dem Griff in die Klassenkasse geschaffen oder durch das Einsammeln von Geld bei den Eltern. Einige DirektorInnen haben schulautonome Mittel für diese Anschaffungen herangezogen, einige Lehrkräfte haben dafür sogar in die eigene Tasche gegriffen.

Die Folgen dieser unbefriedigenden Situation:

Seife und Papierhandtücher in den Schulklassen waren vor der coronabedingten Schließung im März eher Ausnahme als Regel. Auch standen bisher keine Desinfektionsmittel zur Verfügung.

Darum stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

Welche Massnahmen werden Sie angesichts der aktuellen Pandemie zu welchem Zeitpunkt in die Wege leiten, damit den städtischen Bildungseinrichtungen die erforderlichen Mittel - Seife, Warmwasser, Papierhandtücher und Händedesinfektionsmittel - zur Umsetzung der empfohlenen Hygienemaßnahmen zur Infektionseindämmung möglichst bald zur Verfügung stehen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 21. April 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 13. April 2020

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Beschränkter Betrieb in Kinderbetreuungseinrichtungen

Sehr geehrter Herr Stadtrat Kurt Hohensinner!

In der aktuell gültigen Verordnung des Landes Steiermark zum „beschränkten Betrieb in Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verhinderung der Ausbreitung von SARS-CoV-2“ wird darauf abgezielt, dass insbesondere jene Kinder betreut werden dürfen, die keine Möglichkeit haben, zu Hause betreut zu werden bzw. deren Eltern beruflich unabhkömmlich sind. Dabei werden die betroffenen Berufsgruppen aufgezählt.

Für Kinder, deren Betreuungsnotwendigkeit in einer Kinderbetreuungseinrichtung aufgrund drohender Gewalt in der Familie erforderlich wäre, sieht die Verordnung einen Nachweis dieses Umstandes vor – eine Bestimmung, die der Praxis auf keinen Fall standhält. Welche Vorgehensweise wollte man einer Mutter empfehlen, die ihr Kind in die Einrichtung bringen möchte, weil eine Bedrohungssituation vorliegt, sie das aber nicht beweisen kann?

Nunmehr wurden bereits die ersten Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus von Seiten der Bundesregierung bekanntgegeben. Es ist auch zu erwarten, dass in den kommenden Tagen und Wochen weitere Schritte zur Normalisierung gesetzt werden.

Um die Betreuung von Kindern zu gewährleisten, ist es notwendig, dass auch die Kinderbetreuungseinrichtungen wieder an einen Normalbetrieb herangeführt werden. Vor allem aber, was die Gefährdung von Kindern durch Gewalt in der Familie betrifft, muss raschestmöglich ein praktikables Instrument her.

Um einen entsprechenden Schutz dieser Kinder zu gewährleisten, sollten Eltern nicht länger gefragt werden, weshalb sie ihr Kind in die Einrichtung bringen. Es ist ja ohnehin davon auszugehen, dass Eltern den Wunsch, die Ausbreitung von SARS-CoV-2 zu verhindern, mittragen

und ihre Kinder daher nur dann in die Kinderbetreuungseinrichtung bringen, wenn sie eine gesicherte Betreuung auf andere Weise nicht gewährleistet sehen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind sie bereit, politische Gespräche mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark im Hinblick auf die nächste Verordnung zur Kinderbetreuung zu führen, mit dem Ziel, Einschränkungen möglichst rasch aufzuheben?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 21. April 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 23. April 2020

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Stadt Graz: Erholungsaktionen für Kinder- und Jugendliche absichern!

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner!

Im steirischen Landesjugendbeirat sind u. a. namhafte Kinder- und Jugendorganisationen zusammengeschlossen, die beispielsweise mehrwöchige Sommerferienaktionen in den schönsten Landesteilen Österreichs anbieten. Obwohl knapp kalkuliert, sind die meisten Organisationen trotzdem auf genau diese Einnahmen angewiesen. Die durch das Corona-Virus entfallenen Ferienaktionen, wie beispielsweise Oster- und Pfingsturlaube, und der dadurch bereits entstandene Verdienstentgang bedrohen den Fortbestand dieser Organisationen. Ob es in den diesjährigen Sommerferien überhaupt möglich sein wird, eine Ferienaktion anzubieten, ist zudem mehr als fraglich.

Um den Fortbestand solcher Organisationen/Vereine auch in Zukunft zu gewährleisten, wäre eine unbürokratische finanzielle Corona-Soforthilfe denkbar.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

Sind Sie bereit, den Fortbestand solcher Erholungsaktionen im Interesse der Kinder zu sichern, indem betroffene Organisationen eine einmalige finanzielle Corona-Beihilfe von der Stadt Graz gewährt bekommen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Dienstag, 21. April 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 23. April 2020

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

**Betrifft: Einigung zur einfachen Schloßbergliftnutzung für Blinde und Sehbehinderte -
eventuell per Sondernetzkarte mit Code.**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner!
Lieber Kurt!

Im Zuge der letzten Behindertenbeiratssitzung am 4. 3. 2020 wurde seitens der Vertretung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Steiermark das Thema „praktische Schloßbergliftnutzung“ nochmals angesprochen.

Bereits am 17. Oktober 2019 habe ich einen Antrag auf Gratis-Nutzung des Schloßbergliftes gestellt.

Und zwar als sinnvolle Lösung zur leichteren Handbarkeit für alle Betroffenen (Blinde und Sehbehinderte und/oder mobilitätseingeschränkte Menschen) diesen Inhalts:

„In Anbetracht dessen, dass blinde bzw. in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen auf bestimmte Leistungen angewiesen sind (Transport bergan mit Bahn oder Lift) und es sich um eine vergleichbar kleine Gruppe von Betroffenen handelt, wäre der Einfachheit halber die Gewährung der Gratisnutzbarkeit des Schloßbergliftes für alle InhaberInnen des Behindertenpasses sehr wünschenswert“.

Dieses Ansinnen habe ich auch deshalb gestellt, weil Herr Bürgermeister Nagl immer wieder betont hat, dass Schloßberglift, -bahn sowie -rutsche sehr gut angenommen und dementsprechend gute Einnahmen erzielt werden.

Leider habe ich mit der Beantwortung meines Antrages (727/2019) am 11. 2. 2020 eine abschlägige Antwort („...fehlende Lebensnotwendigkeit, kein Bedarf an einer permanenten Nutzung ...“) erhalten.

Der Euroschlüssel für den Lift wird zwar vom Blindenverband gratis zur Verfügung gestellt, aber wie wir wissen, bedeuten Begutachtungen zur Erlangung der diversen Pflegestufen für die Betroffenen einen beträchtlichen Aufwand.

Nach nochmaliger Rücksprache mit der Vertretung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes wäre zur einfachen Handhabung schon eine Sondernetzkarte mit Code für die Liftkarte (durchaus unter Bezahlung eines bestimmten Aufpreises) sehr dienlich.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

Konnte seit der letzten Behindertenbeiratssitzung – wie in Aussicht gestellt – in der Angelegenheit „praktische Benutzung des Schloßbergliftes für Blinde und Sehbehinderte“ bereits eine Einigung mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband erzielt werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Dienstag, 21. April 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 23. April 2020

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Projektförderungen im Rahmen der „Stadtteilarbeit neu“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

Mit Juli 2019 wurde die Finanzierung der Stadtteilzentren eingestellt, und sie wurden in „Nachbarschaftszentren“ umbenannt. Seitdem gibt es nur eine minimale Basisförderung für laufende Infrastruktur- und Personalkosten. Für eine darüber hinausgehende Subventionierung müssen konkrete Projekte zur Förderung eingereicht werden.

Nachbarschaftszentren, die an projektbezogene Gelder kommen möchten, müssen folgenden Weg beschreiten:

1. Zuerst muss das Projekt dem Bezirksrat präsentiert werden.
2. Bei Mehrheitsbeschluss durch den Bezirksrat wird das Finanzierungsansuchen mit einer Empfehlung an das Wohnungsamt weitergegeben, welches über die Gewährung der Förderung entscheidet.
3. Ob und in welcher Höhe das Projekt dann letztlich gefördert wird oder nicht, darüber erhält der Bezirksrat keine Rückmeldung.

In einer dem Bezirksrat Gries in Folge eines einschlägigen BR-Antrages zugegangenen Beantwortung vom Dezember 2019 wurde bereits zugesagt, die Vorgehensweise zu ändern und den Bezirksrat über Förderentscheidungen zu informieren. Bis Ende Februar war eine derartige Information an den BR Gries jedoch nicht erfolgt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Mag. (FH) Eustacchio folgende

Frage

Wie viele und welche der von den Bezirksräten beschlossenen Förderansuchen für Projekte im Rahmen der Stadtteilarbeit, aufgeschlüsselt nach Bezirken, wurden seit Juli 2019 bis inklusive 31. 3. 2020 durch das Wohnungsamt gefördert und in welcher Höhe?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 23. April 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Aushubmaterial Augartenbucht und Zentraler Speicherkanal

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wieviel Erde und Schotter beim Bau der Augartenbucht und dem damit verbundenen Abtragen der Spielhügel angefallen ist, wurde anhand der meterhohen Aufschüttungen auf der Fußballwiese deutlich. Auch bei den Bauarbeiten für den durchmesserstarken Speicherkanal müssen sehr viel Erde und Schotter angefallen sein.

Bei Erde und Schotter handelt es sich um wertvolle Baustoffe, mit denen durch Privatfirmen sehr viel Geld verdient wird. Geld, das beim Verkauf dieser Materialien bei so großen städtischen Bauvorhaben der Stadt Graz zugutekommen könnte. Bisher wurden dem Gemeinderat jedoch nur die Ausgaben für die Bauvorhaben zur Absegnung vorgelegt, mögliche Einnahmen durch Verkäufe wurden darin nicht gegengerechnet.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Wurde das Aushubmaterial, das bei Baum der Augartenbucht und des Zentralen Speicherkanals angefallen ist, verkauft und wenn ja, wie hoch sind die Einnahmen daraus?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 23. April 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Menschenrechtsstadt Graz als „Sicherer Hafen“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Ein Leben ohne ständige (Todes)Angst führen zu können, gehört zu den fundamentalen Menschenrechten. In einer Stadt der Menschenrechte, wie Graz es ist, sollte deutlich werden, dass sie diesen Grundsatz aktiv unterstützt.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Und das auch in Zeiten der Corona-Pandemie, in der wir bei aller nationalen Solidarität nicht auf die Verpflichtung zu internationaler Solidarität vergessen dürfen. Das kleine Land Luxemburg ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat sich als erstes bereit erklärt, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den überfüllten Lagern Griechenlands aufzunehmen, um sie nicht dort der Pandemie-Gefahr auszusetzen. Andere Länder wie Deutschland haben nachgezogen und nehmen nun auch Kinder auf. Österreich jedoch untersagt weiterhin jegliche Hilfe.

Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und von Seiten der EU zutiefst die europäischen und christlichen Werte, die Menschenrechte und das Völkerrecht verletzt werden, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklären und für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Hier waren es Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereiterklärt haben und mit ihrem gesunden Maß an Humanismus Druck auf die Bundesregierung ausgeübt haben. Einer Menschenrechtsstadt wie Graz würde es gut anstehen, eine Vorreiterrolle in diesem humanistischen Handeln einzunehmen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die Menschenrechtstadt Graz im Sinne der SEEBRÜCKE zum „Sicheren Hafen“ zu erklären und eine öffentliche Solidaritätserklärung abzugeben?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 23. April 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Taktile Leitlinien mit zusätzlicher farblicher Markierung für Sehbehinderte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehbehinderte Menschen (z. B. eingeschränktes Gesichtsfeld) haben beim Überqueren von Plätzen (Verkehrsknotenpunkt Jakominiplatz, Endstation Andritz etc.), bedingt durch die Niveauunterschiede zwischen den Flächen im Gehsteig- bzw. Haltestellenbereich und Schienenbereich erhebliche Probleme zu erkennen, wann es Schritt für Schritt hinauf- oder hinuntergeht. - Stürze aus diesen Gründen sind auch den Ämtern bekannt!

Nach Rücksprache mit Betroffenen und Sprechern vom Blinden- und Sehbehindertenverband Steiermark bzw. den zuständigen städtischen Ämtern (Stadtbaureferat/Barrierefreies Bauen sowie Straßenamt) würde eine farbliche Markierung zusätzlich zu den gegebenen taktilen Leitlinien durchaus Sinn machen.

In asiatischen Städten, in Amsterdam oder auch Wien gibt es solche schwarz-weiß markierten Gehsteigkanten bereits.

Aber auch am Mariahilferplatz in Graz ist mir neulich eine schmale weiß-reflektierende Markierung zur Anzeige des Niveauunterschiedes aufgefallen.

Laut Auskunft gibt es keine ämterübergreifenden einheitlichen Richtlinien zur Installation der gefragten Markierungen. Auch das „farblich einheitliche Stadtbild“ soll ein gewisses Hindernis darstellen?!

Im Sinne der Sicherheit von älteren und sehbehinderten Menschen sowie zur Vermeidung der Kosten und aller anderen Folgen von Stürzen regen wir hiermit an, dass möglichst bald zunächst

am Verkehrsknotenpunkt Jakominiplatz und am Andritzer Hauptplatz an den jeweiligen Kanten gut sichtbare Markierungen angebracht werden sollen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit zu veranlassen, dass seitens der Stadtbaudirektion ehestmöglich geprüft wird, ob die farbliche Markierung von Höhenunterschieden auf öffentlichen Plätzen wie im Motivenbericht beschrieben im Hinblick auf das einheitliche Ortsbild möglich ist, damit das Straßenamt und die Holding Graz entsprechende weitere Schritte zur Umsetzung einleiten können? Prioritär sollen bei der Realisierung der Jakominiplatz sowie der Andritzer Hauptplatz in Angriff genommen werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 23. April 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Anzahl der Hundewiesen an Anzahl der Wohneinheiten koppeln

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wenn es in Graz um die Neuerrichtung von Hundewiesen geht, geht es in Debatten oft heiß her. Immer weniger verfügbare freie Flächen erhöhen den Druck. Diskussionen werden oft emotional geführt. Fakt ist aber, Hundewiesen sind für eine artgerechte Hundehaltung dringend notwendig. Auch als Beitrag zu einer „Entsiegelung“/Begrünung in Zeiten, in denen wir doch alle für Klimaschutz eintreten, sollte sich die Stadt Graz daher für Hundewiesen einsetzen.

In einem ersten Schritt sollten interessierte Bauträger darauf hingewiesen werden, dass Hundewiesen in unserer Landeshauptstadt gewollt und gewünscht sind und dementsprechend eingeplant werden sollen.

Als weiteren Schritt könnte man eine Novellierung der steirischen Baugesetzgebung dahingehend anstoßen, dass bei Neuerrichtungen, gekoppelt an die Anzahl der Wohneinheiten, ein verpflichtender Schlüssel für die Miterrichtung von Hundewiesen festlegt wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich in obgenannter Angelegenheit zu engagieren und dementsprechend beim Land Steiermark, aber auch im eigenen Verantwortungsbereich den genannten Überlegungen nachzugehen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 23. April 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Kinderkrippen in Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

leider haben mein Gemeinderatskollege Christian Sikora und ich auf unsere Fragen, die wir in den Gemeinderatssitzungen im März sowie September letzten Jahres gestellt haben, noch keine Antwort erhalten. Aufgrund dieses Umstandes richte ich die Initiative mit der Erwartung einer Beantwortung an Sie.

Im September 2019 startete für viele junge Grazerinnen und Grazer zum ersten Mal ein neues Lebenskapitel: der Besuch der Kinderkrippe. Für viele andere Kinder ist dies jedoch nicht möglich. Die zu geringe Anzahl von Krippenplätzen führt leider dazu, dass bei weitem nicht für alle Kinder ein Platz gefunden werden konnte, die sich bis 8. März 2019 angemeldet haben. Eltern, die eine Absage für ihr Kind erhalten haben, stellt dies vor große, oft sogar vor existenzielle Probleme: Wie kann ich Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren? Kann ich meinen Job nach der Karenzzeit überhaupt wieder antreten? Reicht das Geld, wenn ein Elternteil zugunsten der Kinderbetreuung auf die Arbeit verzichtet?

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Wie stellt sich die aktuelle Situation rund um die Kinderkrippenplätze in Graz dar
(- Anzahl der Anmeldungen mit Stichtag 08. März 2019, nach Wohnbezirken aufgeteilt;
- Anzahl der angemeldeten Kinder, die bis 9. September 2019 keinen Krippenplatz erhalten haben, nach Wohnbezirken aufgeteilt;
- Anzahl der gesamten sowie freien Kinderkrippenplätze mit Stichtag 9. September 2019, nach Bezirken aufgeteilt)?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

23/04/2020

Anfrage
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Surf- und Kajakwelle in der Mur**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im „Masterplan Mur“, wie er im Oktober 2019 verabschiedet wurde, ist die geplante Surf- und Kajakwelle mit 3.400.000 € veranschlagt. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung die Simulation der Welle noch nicht erfolgt war und damit keine abschließende Beurteilung der Machbarkeit und voraussichtlichen Kosten des Projekts vorgenommen werden konnte. Da der Auftrag über die Simulation aber schon erteilt worden sei, sollte deren Ergebnis inkl. realistischer Kostenschätzung „in Bälde“ nachgereicht werden. Das ist jedoch bis jetzt nicht passiert.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Ist die Simulation der Surf- und Kajakwelle in der Mur bereits abgeschlossen und kann sie mit den budgetierten Kosten von 3.400.000 € realisiert werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Auflösung MUM2030+ GmbH

Vor nunmehr knapp einem Jahr wurde die Gesellschaft „Moderne Urbane Mobilität 2030+“ (MUM2030) von der Holding Graz ins Leben gerufen. Beschlossen wurde dies vom Aufsichtsrat der Holding Graz ohne Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung oder dem Kontrollgremium, wie auch der Stadtrechnungshof in seinem Bericht „Steuerung des öffentlichen Personennahverkehrs in Graz“ vom Februar 2020 feststellte.

Weiters hält der Stadtrechnungshof in seinem Bericht fest, „dass aus dem Wirtschaftsplan“ (der Holding Graz) „nicht hervorgeht, dass 1 Million Euro für eine zu gründende Gesellschaft beinhaltet waren. (...) und in diesem Detaillierungsgrad dem Gemeinderat nicht vorlag.“

Wichtig und notwendig sind Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Verkehr ebenso wie kleinere Maßnahmen: Der Ausbau des Schienennetzes für die Straßenbahn, die Schaffung neuer Busspuren, Taktverdichtungen und die Verbesserung der Betriebszeiten müssen Priorität haben.

Zur Vermeidung von Parallelstrukturen, wobei eine Struktur an den zuständigen Stellen und dem Gemeinderat vorbei geschaffen wurde, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Gesellschaft „Moderne urbane Mobilität 2030+ (MUM2030)“ wird in dieser Form aufgelöst und ihre Aufgaben mitsamt der notwendigen finanziellen sowie personellen Ressourcen dem Amt für Verkehrsplanung übertragen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Öffi-Tariferhöhung aussetzen

Am 1. Juli 2020 sollen die Tarife für den öffentlichen Verkehr erneut angehoben werden.

Der steirische Verkehrsverbund sieht eine Verteuerung der Jahreskarte um siebzehn Euro auf nunmehr € 473,- vor, ebenso werden alle anderen Tickets mit Ausnahme der Stunden- und der 24-Stundenkarte teurer.

Auch die Jahreskarte Graz ist von der Tariferhöhung betroffen, sie verteuert sich überdurchschnittlich von € 281,- auf € 298,-. Diese mehr als sechsprozentige Erhöhung ist dadurch bedingt, dass die Zuzahlung durch die Stadt Graz mit € 175,- seit Jahren gleich bleibt. Leider sind bisherige Versuche, die Zuzahlung zu erhöhen, gescheitert.

Gleichzeitig sind viele Menschen durch die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensverlusten betroffen. Gerade diese Gruppen sind aber oftmals auf einen guten und leistbaren Öffentlichen Verkehr angewiesen. Daher ist es gut und wichtig, dass die Jahreskarte Graz einmalig um 10 % vergünstigt angeboten wird. Darüber hinaus braucht es aber eine generelle verstärkte Stützung der Tarife des Öffentlichen Verkehrs in der Steiermark.

Daher stelle ich namens des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Gespräche mit dem Land Steiermark und dem Verkehrsverbund Steiermark aufzunehmen. Ziel dieser Gespräche ist es, die Tariferhöhungen im Bereich des Öffentlichen Verkehrs, die mit 1. Juli 2020 geplant sind, auszusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag. a. Sahar Mohsenzada

Montag, 20. April 2020

Antrag

Betrifft: Rückerstattung der Kosten für das Topticket im Sommersemester 2020

Seit August 2019 können Studierende ein vergünstigtes Semesterticket für den öffentlichen Verkehr, das „Top-Ticket“, um € 150,00 erwerben.

Viele Studierende haben nun aber aufgrund der Corona-Krise das Problem, dass sie Geld für das Sommersemester-Ticket ausgegeben haben, es nun aber nicht nutzen können, da der Universitätsbetrieb bereits wenige Tagen nach Beginn des Sommersemesters eingestellt wurde. Und das genau in der Zeit, in der viele typische „Studentenjobs“, beispielsweise in der Gastronomie oder im Handel, ebenfalls wegen der Pandemie weggefallen sind und auch noch unklar ist, welche Auswirkungen das alles auf den Bezug von Familien- und Studienbeihilfen haben wird.

Um Studierende finanziell zu entlasten, sollten die Kosten des Toptickets für das Sommersemester 2020 zurückerstattet oder zumindest die Gültigkeit automatisch auf den Zeitraum des kommenden Wintersemesters 2020/21 ausgedehnt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie die Holding Graz werden ersucht, eine für Studierende finanziell entlastende Lösung im Sinne des Motiventextes zu erarbeiten und ehestmöglich umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Wanderweg über Hubertushöhe in Richtung Plabutsch markieren und beschildern!

Bereits im Jänner des heurigen Jahres stellte ich den Antrag, noch vor Start der Wandersaison 2020 die ausgeschilderten Wanderwege über die Hubertushöhe in Richtung Plabutsch für die zahlreichen Wanderer uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen!

Als einen Spaziergang betitelt die Homepage der Stadt Graz einen bei der Bevölkerung gut angenommenen Wanderweg, beginnend ab Alt Eggenberg bei der Endhaltestelle der Linie 1 in Richtung Hubertushöhe auf den Bergheurigen Fürstenstand am Plabutsch. Auch ein Hinweisschild beim Annaweg über den Weingartenweg weist den Wanderern die Richtung über die Hubertushöhe zum Plabutsch. Angekommen beim ehemaligen Gasthaus Hubertushöhe wird dem Wanderer jedoch abrupt der weitere Weg zur dortigen Warte und in weiterer Folge zum Fürstenstand am Plabutsch versperrt bzw. erschwert. Trotz Servitutsrecht blockieren hohe Holzstämme unterhalb der Hubertushöhe den Weg auf den Plabutsch. Auf der Homepage der Stadt Graz hingegen wird angegeben, dass dieser Wanderweg ganzjährig betreten und durchquert werden darf. Seit ca. 1 Jahr ist nun auch der Pfad über die Schafweide von privater Seite gesperrt und es muss weitläufig über den Karolinenweg ausgewichen werden. Die einzige Alternative führt über den Weingartenweg unterhalb der Hubertushöhe, jedoch ist diese einzige verbliebene Alternative, um auf den Plabutsch oder zur Kernstockwarte zu gelangen, nicht mit Schildern und Markierungen für Wanderer ausgewiesen!

Im Sinne einer sanften und annähernd naturbelassenen Plabutsch-Erschließung muss nochmals eindringlich darauf hingewiesen werden, dass es nicht nachzuvollziehen ist, dass vorhandene Wanderwege mit Servitutsrecht einfach von privater Seite abgesperrt werden und auch von Seiten der Stadt Graz nicht zusammen mit den Grundeigentümern nach geeigneten Alternativen gesucht wird!

Damit vor der startenden Wandersaison 2020 eine geeignete Lösung herbeigeführt werden kann und damit auch in Zukunft die uneingeschränkte Benutzung der Wanderwege in Richtung Plabutsch wieder ungehindert ermöglicht wird, stelle ich nun namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die verantwortlichen Stellen des Magistrats und der Herr Bürgermeister werden höflichst ersucht, an den Österreichischen Alpenverein heranzutreten, damit dieser, wie im Motivenbericht beschrieben, zumindest die einzige verbliebene Alternative, um von der Endhaltestelle der Linie 1 auf den Plabutsch bzw. zur Kernstockwarte zu gelangen, nämlich jene über den Weingartenweg, entsprechend markiert und ausschildert!



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Grazer Aktion für regionale UnternehmerInnen und Produzenten mit Lieferservice – angelehnt an #Regionalkaufen

Die Idee, die eine bekannte Steirische Tageszeitung sein Beginn der Krise bereits in kleinen Teilen steiermarkweit umgesetzt hat, und zwar in Form einer Plattform (#regionalkaufen), wo regionale steirische Betriebe und Unternehmen ihre Waren anbieten können und diese auch den Kunden zustellen, sollte auch die Stadt Graz als öffentliche Institution aufgreifen und umsetzen. So sollte auf der Stadt Graz-Homepage die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Grazer Betriebe und Unternehmen anmelden können, um ihre Produkte online anzubieten! Bei Betrieben oder Unternehmen ohne Möglichkeiten einer Zustellung sollte die Stadt Graz einspringen und Zustellungen an die BürgerInnen organisieren, z. B. über die Post AG! Das wäre in Zeiten der Krise, wo Grazer Betriebe und Unternehmen vorm Zusperrern stehen, da sie keine Kundenfrequenz haben, eine gewaltige große Hilfe, ihre Produkte an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen! Millionen von Euro würden so die Grazer Wirtschaft stärken, Betriebe und Unternehmen vor dem Zusperrern retten und ausländischen Konzernen nicht die Möglichkeit geben, als Einzige aus der Krise gewaltigen Gewinn zu schlagen! Auch könnte dieses Projekt nachhaltig weitergeführt werden, um regionale Unternehmen und Produzenten auch in der Zukunft zu fördern und die Grazerinnen und Grazer zu animieren, regional einzukaufen! Es muss in diesem Zusammenhang an Presse-Meldungen erinnert werden, denen zufolge allein der Amazon-Konzern binnen 10 Tagen während der Krise um etwa 100 Milliarden Euro an Marktwert zugelegt hat.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden höflich ersucht zu evaluieren und zu prüfen, ob die sofortige Einrichtung einer Plattform für Graz in Anlehnung an #regionalkaufen mit ausreichender Bewerbung auf der Stadt Graz-Homepage sowie ihrer Bewerbung in den Grazer Tageszeitungen und regionalen Sendern nachhaltig umgesetzt werden kann!



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Trinkbrunnen am Plabutsch nahe des Fürstenstandes

Demnächst beginnt wieder die Wander- und Sportsaison in vollen Zügen, dann werden wieder Menschen in großer Anzahl unsere Naherholungsgebiete bewandern und besporteln! Dass Wandern und Sport ja auch durstig machen, ist hinlänglich bekannt und gerade deshalb wünschen sich schon seit langer Zeit viele BürgerInnen, die am Plabutsch ihren sportlichen Betätigungen nachgehen und am Gipfel des Plabutsches in der Nähe des Fürstenstandes rasten, dass dort ein Trinkbrunnen in unmittelbarer Nähe des dortigen Hydranten errichtet wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, auf dem Plabutsch in Nähe des Fürstenstandes beim Hydranten einen Trinkbrunnen errichten zu lassen!



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Ulrike Taberhofer

Donnerstag, 23. April 2020

Antrag

Betrifft: Mehr präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit

Die derzeitige Krise in Zusammenhang mit dem Coronavirus ist vielfältig und bewirkt gerade jetzt, dass immer mehr Menschen in eine finanzielle Notlage geraten. So ist einerseits die Zahl der Arbeitslosen - wie seit Jahrzehnten nicht mehr - massiv angestiegen und andererseits zeigt sich auch bei vielen Menschen, die derzeit noch eine Arbeit haben, dass es schwierig ist, die Absicherung ihrer Lebenserhaltungskosten gewährleisten zu können. Denn unabhängig davon, ob der eigene Betrieb geschlossen werden musste oder Kurzarbeit weniger Einkommen zur Folge hat, die Fixkosten bleiben gleich – Miete, Betriebskosten und Lebensmittel müssen bezahlt werden. Wenn auch in der jetzigen Situation nicht unmittelbar bei Mietschulden die Gefahr eines Wohnungsverlustes droht und die Beendigung der derzeitigen Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus noch nicht absehbar ist, zeichnet sich ab, dass die herausfordernde Lebenssituation vieler Menschen ein längerfristiges Problem sein wird. Denn bereits jetzt steigt die Anzahl an Menschen, die verunsichert sind und auch Beratung in Anspruch nehmen, aber noch viel mehr Menschen werden zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende Hilfestellungen zum Erhalt ihrer Wohnungen benötigen. Deshalb ist aus Sicht der KPÖ die Stadt Graz jetzt gefordert, mehr präventive Maßnahmen zu setzen, um den Stellen, die für Menschen in Not eine verstärkte Beratungstätigkeit anbieten, mit dem Ziel, deren drohenden Wohnungsverlust abzuwenden, auch eine zusätzliche finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Ausweitung präventiver Maßnahmen soll zur Risikominimierung drohenden Wohnungsverlusts führen und damit gleichzeitig auch die finanziellen und psychosozialen Folgen von Obdachlosigkeit verhindern.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mehr präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu setzen, damit bei steigendem Beratungsbedarf eine zu erwartende erhöhte Anzahl von Menschen in einer Notlage, wie zum Beispiel bei Delogierungen bzw. aufgrund eingeleiteter Räumungsverfahren, wirkungsvoll unterstützt werden können, was in Folge auch zur Risikominimierung eines drohenden Wohnungsverlusts beitragen soll.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Sigrid Zitek

23. 4. 2020

Antrag

Betrifft: Meldepflicht für leerstehende Wohnungen

Graz ist nach wie vor eine wachsende Stadt, jährlich ziehen etwa 3000 Menschen zu. Der Wohnraum ist allerdings knapp und teuer und gleichzeitig haben wir es mit einer immer stärker werdenden Verbauung zu tun, wodurch auch der Grünraum in der unmittelbaren Wohnumgebung reduziert wird. Die neuen Wohnungen werden jedoch oft als Anlegerwohnungen oder am Bedarf vorbei errichtet, weswegen in Graz viele Wohnungen leerstehen. Eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen würde einerseits Klarheit über die Zahl und die Gründe des Leerstands mit sich bringen. Andererseits könnten darauf aufbauend gegebenenfalls weiterführende Maßnahmen zur Mobilisierung dieses Wohnraums angedacht werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Ämter der Stadt Graz werden ersucht, ein Konzept für eine Meldepflicht bei leerstehenden Wohnungen zu erarbeiten und die notwendigen Gespräche mit den entsprechenden Stellen aufzunehmen.